

Volksinitiative für bezahlbaren Wohnraum

Wir bitten um Ihre Unterschrift!



Kämpfen für bezahlbaren Wohnraum (v. l.): Jochen Kiersch und Heidrun Clausen (beide Mieterbund), Dennis Jahnke (Studio Kino), Sven Picker und Jutta Kühl (beide Sozialverband)

Kiel - Die mit dem Sozialverband SoVD Schleswig-Holstein und den Mietervereinen in Schleswig-Holstein initiierte Volksinitiative für bezahlbaren Wohnraum läuft auf Hochtouren. Knapp fünf Monate nach dem Start im Februar dieses Jahres konnten bereits mehr als 16.500 Unterschriften gesammelt werden – die erforderliche Gesamtzahl liegt bei 20.000.

Jochen Kiersch, Landesvorsitzender des Mieterbundes, betonte, dass mit der Absicherung von bezahlbarem Wohnen in der Landesverfassung dessen Stellenwert als Aufgabe der Daseinsvorsorge dokumentiert und die dauerhafte Förderung und Versorgung auch mit Sozialwohnungen sichergestellt werden solle. „Wir wollen verhindern, dass dies dem Zufall politischer

Wahlprogramme überlassen bleibt“, so Kiersch.

Zu den Unterstützern zählen seit dem 9. Juli 2018 auch die Betreiber des Kieler Studio-Filmtheaters, die mit ihrer Unterschrift und der Auslegung der Unterschriftenlisten dazu beitragen, das Ziel zu erreichen. Sie freuen sich, dass sich immer mehr Bürgerinnen und Bürger sowie Betriebe und Organisationen der Forderung anschließen, das Recht auf bezahlbaren und angemessenen Wohnraum in der schleswig-holsteinischen Landesverfassung zu verankern, sagte die SoVD-Landesvorsitzende Jutta Kühl auf der Pressekonferenz. Sie verwies ebenso auf weitere Unterstützer wie in Kiel das Restaurant Bambule, das Café Pennekamp und die Buchhandlung Zapata.

Herauszuheben ist bei den bisherigen Unterstützern das Engagement der SPD-Landtagsfraktion, die am 4. Juli eine auf den Forderungen der Volksinitiative basierende Gesetzesinitiative in den Landtag eingebracht hatte. Und in vielen Ortsvereinen liegen die Flyer zur Unterschrift aus. Enttäuschend ist die ablehnende Haltung anderer Fraktionen, die offenbar die Augen vor der problematischen Situation auf dem Wohnungsmarkt verschließen. Der Landtag wird sich nach Abschluss unserer Volksinitiative erneut mit dem Thema befassen und bis dahin hoffentlich von der Realität überzeugt werden können und mit Mehrheit zustimmen.

Neben der Verankerung des Rechts auf bezahlbaren Wohnraum in der Landesverfassung

fordern SoVD und Mieterbund gemeinsam dauerhaft höhere Haushaltsmittel von Bund und Land, um den Bau von 150.000 Wohnungen sicherzustellen, die unstreitig bis 2030 fehlen.

Wegen der fehlenden Sozialwohnungen fordern wir auch, das gesetzte Ziel von bisher 30 Prozent neuer Sozialwohnungen zumindest kurzfristig auf einen Anteil von mindestens 50 Prozent zu erhöhen.

Bei Mietwohnungen sind langfristige Bindungen von 50 bis 80 Jahren und die bevorzugte Vergabe an kommunale Investoren erforderlich. Das Zweckvermögen Wohnungsbau muss dabei erhalten bleiben.

Darüber hinaus benötigt Schleswig-Holstein eine neue Verordnung für Gebiete mit erhöhtem Wohnungsbedarf, um ordnungswidrige Mieten sanktionieren zu können.

Bei den Verordnungen zur Mietpreisbremse und zur Kappungsgrenze müssen die Listen der Kommunen kurzfristig geprüft und die unseres Erachtens notwendige Erweiterung noch 2018 umgesetzt werden. Die Verordnungen müssen außerdem so lange um weitere fünf Jahre verlängert werden, bis angemessener bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht. Denn selbst Mieterhöhungen von 15 Prozent in drei Jahren sind in der Regel nicht mit Gehaltserhöhungen auszugleichen. Über 50.000 Studenten und eine zunehmende Zahl von Älteren und Alleinerziehenden können bei den Preissteigerungen nicht mithalten. Noch sind etwa 47.000 Wohnungen öffentlich gefördert, jedoch bereits über 350.000 Haushalte auf öffentliche Unterstützung angewiesen.

Helfen Sie mit, weitere Unterschriften zu sammeln, und fordern Sie dazu gerne Flyer über die Landesgeschäftsstelle (Telefon 04 31/9 79 19-0, info@mieterbund-schleswig-holstein.de) oder die Mietervereine an.

Vielen Dank!

Wir konnten bis jetzt mehr als 16.500 Unterschriften sammeln, aber wir benötigen viel mehr, um die Landtagsabgeordneten von unserem Ziel zu überzeugen!

Ich unterstütze die Volksinitiative von Mieterbund und SoVD für die Aufnahme eines Rechts auf angemessenen Wohnraum in die Landesverfassung von Schleswig-Holstein.

Name, Vorname, Geburtsdatum _____

PLZ, Ort, Straße/Nr. _____

Datum, Unterschrift _____

Rücksendung bitte an: **Mieterbund Schleswig-Holstein, Eggerstedtstr. 1, 24103 Kiel**

Hinweis: Bitte ergänzen Sie die Angaben vollständig, da sich nur identifizierbare wahlberechtigte Schleswig-Holsteiner wirksam beteiligen können.

Mitgliederversammlung: Beitragserhöhung, Mitgliederehrung, Wohnungspolitik



Herzlichen Glückwunsch: Ehrung der Mitglieder und der Buchhalterin Frau Kaschube durch die Geschäftsführerin Heidrun Clausen und den 1. Vorsitzenden Jochen Kiersch

Kiel - In der Jahresmitgliederversammlung des Kieler Mietervereins Mitte Juni 2018 im Legienhof in Kiel wurden zahlreiche Mitglieder für langjährige Treue geehrt. Sechs Mitgliedschaften bestanden über zehn Jahre (Bronze), sieben Mitgliedschaften über 25 Jahre (Silber). Eine Ehrung konnte persönlich für eine über 40-jährige Mitgliedschaft, genau seit August 1973, in Gold übergeben werden. Außerdem verabschiedete der 1. Vorsitzende Jochen Kiersch die Buchhalterin des Kieler Mietervereins in den Ruhestand, die einschließlich der entsprechenden Aufgabe für den Landesverband des Mieterbundes als „Seele der Finanzen“ mit einem 40-jährigen Betriebsjubiläum die Mieterorganisation um alle Klippen herumgesteuert hat. Für ihre erfolgreiche Arbeit wurde sie mit der Ehrennadel in Platin ausgezeichnet. Darüber hinaus wurde in der Mitgliederversammlung zum 1. Januar 2019 eine Beitragsanhebung um 18 Euro pro Jahr beschlossen, so dass zum Beispiel der Regelbeitrag auf 120 Euro und der Treue-

beitrag auf 114 Euro steigen. Daneben sind Beitragsermäßigungen möglich, bitte erkundigen Sie sich gerne in der Mitgliederverwaltung. Die Ursache dieser Anhebung auf bis zu zehn Euro monatlich liegt mit darin begründet, dass der Kieler Mieterverein seit Jahrzehnten ungefährdet von jeweiligen Vermieterinteressen seine eigene Geschäftsstelle hat, deren Fassade ab 2019 erneuert werden muss.

Mitglieder des Kieler Mietervereins, die ihren Beitrag durch Einzelüberweisung oder Dauerauftrag zahlen, sind gebeten, die Erhöhung ab dem 1. Januar 2019 zu berücksichtigen. Bestehende SEPA-Lastschriftmandate wird der Kieler Mieterverein mit den erhöhten Mitgliedsbeiträgen weiterverwenden. Fragen zur Beitragshöhe beantwortet der Kieler Mieterverein gerne telefonisch oder per E-Mail. Der Vorstand bittet um Verständnis.

Wohnungspolitisch ist zwar positiv registriert worden, dass die Landeshauptstadt Kiel erstmals wieder in ihrem Auftrag bauen lässt und nach einem Beschluss

des Rates eine eigene Wohnungsbaugesellschaft gründen will, der allerdings erst umgesetzt werden muss. Die Fertig-

stellungen lagen in 2016 und 2017 mit 597 und 540 Wohnungen hinter den Anforderungen deutlich zurück. ■

Statistikamt Nord sucht Privathaushalte für Erhebung

Kiel - Das Statistikamt Nord sucht weiterhin Privathaushalte in Hamburg und Schleswig-Holstein, die sich an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2018 beteiligen, zwecks einer Erhebung über Einkommen und Ausgaben der Haushalte. Sie erhalten dafür eine Geldprämie von mindestens 80 Euro sowie einen detaillierten Überblick über ihre Haushaltskasse.

Was ist zu tun?

Die teilnehmenden Haushalte dokumentieren drei Monate lang ihre Einnahmen und Ausgaben in einem Haushaltsbuch.

Wo können Sie sich melden?

Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2018 für Hamburg und Schleswig-Holstein wird durch das Statistische Landesamt des Freistaates Sachsen durchgeführt.

Das Teilnahmeformular sowie weitere Auskünfte erhalten Sie daher unter: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, EVS 2018, Macherstraße 63, 01917 Kamenz, Telefon: 08 00/5 89 31 16 (kostenfrei), E-Mail: evs-2018@statistik.sachsen.de, Internet: www.statistik.sachsen.de